



FDP Ortsverband Haiger

Vorsitzende Brunhilde Franz
Ringstraße 18
35708 Haiger
Telefon 0 27 73 / 7 22 87 0
Fax 0 27 73 / 7 23 89
E – Mail Brunhilde.Franz@gmx.de
Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Haiger
Mitglied der FDP Kreistagsfraktion im Lahn – Dill – Kreis
Delegierte zum Landesparteitag
Mitglied im Landesfachausschuss Sport

Haiger, den 25.09.2010

Lieber Mitglieder und Freunde vom FDP Ortsverband Haiger,

im Herbst des letzten Jahres konnten wir einen für die FDP herausragenden Erfolg feiern: Ein Wahlergebnis von 14,6 Prozent der Zweitstimmen. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen liefen ohne größere Probleme, man einigte sich innerhalb kürzester Zeit. Seit diesen Tagen ist viel geschehen: Die Koalition trat weniger durch erfolgreiche Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in Erscheinung – vielmehr wurde unter den drei Koalitionsparteien öffentlich um Vereinbartes gestritten. Nachträglich besehen, hat die FDP sowohl in den Koalitionsvereinbarungen wie auch in der Zeit danach erhebliche Fehler gemacht: Die Koalitionsvereinbarung enthielt eine Vielzahl von offenen Punkten, die noch geklärt werden sollten. Die Entscheidung, auf das Finanzressort zu verzichten und Dr. Hermann Otto Solms nicht mit diesem Ministerium zu betrauen hat sich als schwerer strategischer Fehler herausgestellt. Die Erfolge, die man erzielen konnte, gingen im Koalitionsstreit unter. Der Landesparteitag der hessischen FDP hat am 19. Juni in Künzell einen Beschluss gefasst, den ich Ihnen auf diesem Wege gerne übermitteln möchte:

1. Die FDP Hessen stellt fest, dass seit dem großen Wahlerfolg bei der Bundestagswahl strategische, konzeptionelle und taktische Fehler begangen wurden und sowohl die Außendarstellung für die Bürger, die Kommunikation als auch der Umgang untereinander innerhalb der Koalition und der Partei mangelhaft sind. Dadurch ist für die Liberalen eine dramatische Situation entstanden, in der die Identität der FDP verloren zu gehen droht.
2. Die FDP Hessen steht nach wie vor zu den Kerninhalten des FDP Wahlprogramms zur Bundestagswahl. Für dessen Umsetzung hat die FDP einen starken Wählerauftrag erhalten. Dieser kann nur im Rahmen einer bürgerlichen Koalition, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, umgesetzt werden.
3. Die hessische FDP fordert den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf, nach der Klausurtagung einen konkreten, auch zeitlichen Umsetzungsvorschlag für die in der Koalitionsvereinbarung durchgesetzten liberalen Kernpunkte des Wahlprogramms zu erarbeiten. Dieser soll unverzüglich der Parteibasis vorgestellt und mit den Koalitionspartnern gemeinsam strukturiert und konsequent abgearbeitet werden.
4. Die hessische FDP fordert Bundespartei und Bundestagsfraktion auf, die nachweisbaren Erfolge liberalen Regierungshandelns offensiver zu kommunizieren.
5. Die hessische FDP erwartet von der Partei – und Fraktionsführung im Bund sowie den Koalitionspartnern, dass sie für ein geschlossenes Auftreten und einen angemessenen Umgang in der Öffentlichkeit sorgen. Wichtig ist, dass das programmatische Profil der FDP wieder deutlich erkennbar und verloren gegangenes Vertrauen zurück gewonnen wird.

Wir werden als FDP alles daran setzen, dass diese Bundesregierung Erfolg hat. Wir rechnen fest damit, dass die Basis der Regierung, der mit CDU und CSU ausgehandelte Koalitionsvertrag die Grundlage der Regierungsarbeit ist. Wir werden uns als FDP daran orientieren, was wir den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl in vielen inhaltlichen Punkten versprochen haben. Wir werden ein verstärktes Augenmerk darauf richten, dass dies auch nach draußen getragen wird. In diesem Zusammenhang darf ich nur auf ein paar wenige Punkte hinweisen, die wir – in Umsetzung unseres Wahlprogrammes und auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung umgesetzt haben:

Mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** haben wir den ersten Schritt zur angekündigten **steuerlichen Entlastung** insbesondere **von Familien** bereits zum 01. Januar umgesetzt. Familien mit Kindern werden durch die Anhebung des Freibetrages für Kinder auf 8004 Euro und durch die weitere Anhebung des Kindergeldes auf mindestens 184 Euro um insgesamt 4,6 Mrd. Euro entlastet. Millionen Familien haben Dank der FDP seit Januar mehr Netto vom Brutto. Mit der Einkommensteuerreform werden weitere Entlastungen für untere und mittlere Einkommen folgen – das Ziel von 24 Mrd. Euro Jahresentlastungswirkung und weitere Steuervereinfachungen haben wir fest im Blick.

Auch für Unternehmen haben wir zum 01. Januar 2010 eine Reihe von **steuerpolitischen Entlastungsmaßnahmen** umgesetzt. Durch eine Entschärfung der steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung, durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und im Bereich der Erbschaftsteuer durch eine mittelstandsfreundliche Regelung der Unternehmensnachfolge haben wir Unternehmen den Weg aus der Krise geebnet. Im Erbrecht werden Geschwister zudem nicht mehr wie Fremde behandelt.

Wir haben einen **Schutzschirm für Arbeitnehmer** aufgespannt. Mit dem Sozialversicherungs – Stabilisierungsgesetz sorgen wir für stabile Lohnzusatzkosten und verhindern mit Steuerzuschüssen den sonst unweigerlichen Anstieg der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung. Wir sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto haben und hunderttausende Arbeitsplätze in der Krise gesichert sind.

Die Koalition von Union und FDP räumt den Investitionen in Bildung und Forschung eine höhere Priorität ein. Insgesamt wird die schwarzgelbe Koalition von 2010 bis 2013 zusätzlich **12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investieren**. Bereits 2010 werden davon 750 Mio. Euro wirksam – beispielsweise mit der besseren finanziellen Förderung von Studierenden.

Die Koalition zieht die richtigen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise und hat Maßnahmen zur **Bankenregulierung** auf den Weg gebracht. Mit der Reform der Finanzaufsichtsstrukturen werden diese deutlich effizienter gestaltet. Das Reorganisationsverfahren für systemrelevante Banken stellt sicher, dass diese Geldinstitute künftig geordnet abgewickelt werden können. Die **Bankenabgabe** trägt dazu bei, dass die Banken entsprechend ihres Geschäftsmodells einen Beitrag zur Risikovorsorge für Finanzmarktkrisen leisten.

Die Koalition hat eine ganze Reihe von gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht, die das Sozialsystem gerechter und leistungsfreundlicher machen. Mit der **Verdreifachung des Schonvermögens** für Hartz IV - Empfänger auf 750 Euro pro Lebensjahr haben wir die eigenständige Altersvorsorge gestärkt und bestrafen nicht länger diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet, mit dieser Leistung zum Wohlstand unseres Landes beigetragen und vorausschauend für das Alter vorgesorgt haben. Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von 6 Wochen ein **verpflichtendes Arbeits – oder Fortbildungsangebot** gemacht wird.

Im Haushalt 2010 hat die FDP – Bundestagsfraktion bereits **100 Anträge aus ihrem Liberalen Sparbuch** umgesetzt. So ist es gelungen, die noch von SPD – Finanzminister Peer Steinbrück veranschlagte Neuverschuldung um knapp 6 Mrd. Euro zu reduzieren und gleichzeitig Familien und Unternehmen um etwa 8 Mrd. Euro zu entlasten. In den nun anstehenden Beratungen für den Haushalt 2011 werden wir den Staat von weiteren unnötigen Ausgaben befreien und Spielräume für Reformen schaffen.

Die FDP – Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, weitere **Einschränkungen von Bürger – und Freiheitsrechten zu verhindern**. Beispielsweise haben wir die umfassende Evaluierung von ELENA veranlasst. Auch die von der FDP – Bundestagsfraktion seit Jahren geforderten Maßnahmen zur Stärkung der Pressefreiheit und zur Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren sind auf den Weg gebracht.

Das sind nur ein paar wenige Essentials, die deutlich machen, dass in dieser Koalition auch gearbeitet wird und Ergebnisse vorgezeigt werden können.

Wie gesagt: das muss jetzt noch besser werden!

In der Steuerpolitik werden wir Kurs halten:
Steuererhöhungen – gleich von wem sie ins Spiel gebracht werden – sind Gift für die anspringende Konjunktur.

Nur ein kleiner Hinweis:

Auch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes treffe die Falschen.

Dieser setze schon bei 52.882 Euro Jahreseinkommen ein. "Früher galt er für Manager und Reiche, heute trifft der Spitzensteuersatz Handwerk, mittelständische Betriebe, Angestellte und Facharbeiter. Dr. Hermann Otto Solms hat das Steuerkonzept der FDP an die durch die Finanzkrise veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Wichtig ist die Strukturreform des Steuersystems. Dazu gehören der Abbau des so genannten Mittelstandsbauches und die Umsteuerung auf ein Stufenmodell. Die Prognose der Steuereinnahmen zeigen, dass wir kein Einnahmeproblem haben.

Erinnert werden darf auch daran, dass lediglich 30 % der Bevölkerung Lohnsteuer entrichten. 25 % davon tragen 80 % des Aufkommens der Lohn- und Einkommenssteuer.

Diesen Personenkreis auch nur durch eine Debatte über Steuererhöhungen zu belasten ist das falsche Signal und der falsche Weg.

Da muss die FDP standhaft bleiben – auch bei schlechten Umfragewerten!

Die größte Herausforderung ist zweifelsfrei die Gesundheitspolitik. Allen ist klar, dass hier ein weiter so wie bisher unmöglich ist. Dazu Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler: Gerade in Krisenzeiten werde deutlich, wie konjunkturanfällig rein lohnbezogene Krankenversicherungsbeiträge sind. Jede Beitragserhöhung, um Finanzierungslücken zu schließen, bedeute höhere Arbeitslosigkeit „Dieses System schadet dem Arbeitsmarkt und der Krankenversicherung, also den Menschen insgesamt“, kritisierte Rösler.

Die Krankenversicherung müsse dringend stärker von den Lohnzusatzkosten entkoppelt werden. „Denn wir wollen nicht weniger Arbeitsplätze, sondern mehr.“

Durch die Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung sei das aktuelle System das einzige auf der Welt, in dem „Putzfrauen zuweilen ihre Chefs subventionieren“ – sofern diese Chefs nicht ohnehin privat versichert sind und sich dem Sozialausgleich vollständig entziehen –.

Nach Röslers Plänen soll der Ausgleich zwischen Arm und Reich nicht mehr innerhalb der Krankenkassen stattfinden, sondern über das Steuersystem, so dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit beteiligt wird. „In unserem System wird es keinen Sozialausgleich für Banker geben. Es ist gerechter und sorgt endlich für einen Solidarausgleich.“

Noch ein paar Worte zur Kommunalpolitik in Haiger: Auch in unserer Stadt bemühen wir uns, um eine Sanierung der Finanzen. Damit in den nächsten Jahren die Schulden für das so genannte „laufende Geschäft“ (also ohne die Investitionstätigkeit) nicht unnötig ansteigen. Eine dramatische Situation. Wir arbeiten – mit den anderen Fraktionen im Stadtparlament – an einem Konzept, das zum einen die Finanzen sanieren und zum anderen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sicherstellen soll. Kinderbetreuung zum Beispiel soll auch zukünftig auf einem hohen Niveau sichergestellt und zukunftsfähig ausgebaut werden. Wir müssen als Stadt angesichts der demographischen Entwicklung attraktiv bleiben. Nach einer „langen“ Sommerpause werden wir uns wieder verstärkt mit unserer Kommunalpolitik beschäftigen und hierzu Einladen zu Informations – und Meinungsaustausch. Einladungen zu den Gesprächsterminen werden auf dem bekannten Wege zugehen. Und selbstverständlich freue ich mich über Eure volle Unterstützung bei allen Themen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Herbstzeit!

Mit freundlichen Grüßen
Brunhilde Franz

